



Kiel, im Januar 2015

„Mit Sicherheit in die Zukunft – Besser leben in Schleswig-Holstein!“

Grundsatzpapier des CDU – Landesfachausschusses „Innen und Recht“ zur Verbesserung
der Inneren Sicherheit für die Menschen in Schleswig-Holstein
(-Modifizierte Kurzfassung-)

Vorbemerkung

Mit diesem Grundsatzpapier des CDU -Landesfachausschusses "Innen und Recht" blicken wir auf aktuell vorliegende Entwicklungsprognosen für Schleswig-Holstein bis 2025 und ziehen daraus unsere sicherheitspolitischen Schlüsse zu neuen Gefahren, Deliktsformen und Gestaltungsnotwendigkeiten in unserer Gesellschaft. Denn nur wer auf der Basis fundierter Prognosen einen Blick in die nahe Zukunft Schleswig-Holsteins wirft, kann die Sicherheitsbedürfnisse und -interessen der Menschen auch weiterhin gewährleisten und die dazu notwendigen Entwicklungen rechtzeitig und zielgerichtet anstoßen.

Dieses Grundsatzpapier wurde über 15 Monate auf der Grundlage unzähliger Gespräche mit Sicherheitsexperten des Bundes und der Länder und der Auswertung von Fachliteratur entwickelt. Gleichzeitig leiten wir als CDU mit dieser Veröffentlichung einen breit angelegten echten Dialog sowohl mit der Parteibasis als auch mit den interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die Inhalte dieses Grundsatzpapiers ein. Es ist für uns der Beginn einer sicherheitspolitischen Zukunftsdebatte ohne ideologische Scheuklappen.

Grundsätzliche Betrachtung

Deutschlands Rolle in Europa und seine feste Einbindung in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft haben auch für Schleswig-Holstein Auswirkungen auf die aktuelle Sicherheits- und Gefahrenlage. Daneben hat Schleswig-Holstein als nördlichstes Bundesland eine immer stärker werdende internationale Brückenfunktion für Deutschland. Es ist das Tor zu den skandinavischen Ländern und gleichzeitig für uns und unsere nördlichen Nachbarn der Zugang zu Mittel-, West- und Osteuropa. Doch die nahezu grenzenlose Freizügigkeit in Europa beschert Schleswig-Holstein als Brücken- und Transitland nicht nur Güterverkehr, Berufspendler und Urlauber; unsere Autobahnen, Seestraßen und Häfen sind auch Trassen für grenzüberschreitende Kriminalität, Menschenhandel, Extremismus und international agierende Einbrecherbanden.

Doch schon diese kriminalgeographischen Gesichtspunkte werden von der Landesregierung schlichtweg ignoriert. Denn anders lassen sich ihre massiven Kürzungspläne für die Polizeiarbeit auf unseren Straßen, Meeren und Häfen nicht erklären. Statt die Bekämpfung der Kriminalität zu stärken, werden von dieser Regierung Polizeidienststellen wie nie zuvor geschlossen und die Bearbeitung von sog. „Alltagskriminalität“ soll Bürokräften überlassen werden. Statt eine IT - Sicherheitsoffensive zum Schutz persönlicher Daten der Bürger und Unternehmen Schleswig-Holsteins mit voranzutreiben, schüren die Regierungsfaktionen lieber Ängste der Bürger vor der vermeintlichen Datensammelwut des Staates und seiner

Behörden. Während die Polizistinnen und Polizisten bei ihrer Dienstausbübung tagtäglich bis zu drei Angriffen ausgesetzt sind, säen die Regierungsfaktionen eine Misstrauenskultur gegen unsere Sicherheitsbehörden, wie die Angst gesteuerten Diskussionen um eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, die Gefahrengebiete um die geplante „Polizeibeauftragten - Stelle“ deutlich machen.

Dieser vielfach ideologisch geprägten Innenpolitik der Landesregierung wollen wir eine realistische und bürgerorientierte Politik entgegensetzen, die sich an tatsächlich prognostizierbaren Entwicklungen und nicht an ideologischen Wunschvorstellungen orientiert und damit auch den sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft gewachsen sein wird.

Besorgniserregende Entwicklungen in der Alltags- und Einbruchskriminalität, die zunehmende Digitalisierung zahlreicher Lebensbereiche, ein stärker werdender Extremismus und die tatsächliche Präsenz und Handlungsfähigkeit unserer Polizei werden zukünftig noch stärker das Freiheitsgefühl und die Kriminalitätsfurcht einer älter werdenden Gesellschaft bestimmen. Der demographische Wandel wird Schleswig-Holstein bis 2025 „weniger, vielfältiger und älter“ machen. Bis 2025 werden einerseits bis zu 20 Prozent weniger Menschen unter 25 Jahre, andererseits aber bis zu 25 Prozent mehr Menschen über 65 Jahre in Schleswig-Holstein leben. Bereits 2030 wird jeder zweite Schleswig-Holsteiner über 50 Jahre alt sein. Diese demographische Entwicklung verlangt neben der Wahrung und Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien durch die Polizei auch ein neues Verständnis von Sicherheits- und Polizeiarbeit in unseren Städten und Gemeinden. Doch die Polizeipolitik der „Koalition der Unsicherheit“ höhlt die notwendige „Freund und Helfer“-Funktion immer weiter aus und schafft eine zunehmend zentralisierte Landespolizei, die sich - nicht nur räumlich - immer mehr von den Menschen in unserem Land entfernt.

Zudem plant diese Regierung mit 342 Stellen den größten Personal- und Stellenabbau bis 2020 in der Geschichte der Landespolizei. Eine Entwicklung, die wir als CDU ohne Wenn und Aber ablehnen und der wir mit diesem Sicherheitskonzept entgegenwirken wollen.

1. Innere Sicherheit als unumstößliche Kernaufgabe des Landes

Die Menschen in unserem Land brauchen auch in Zukunft einen gestaltenden Rechtsstaat, der über die vereinbarten Regeln für unser gedeihliches Zusammenleben wacht und diese bei Bedarf konsequent durchsetzt. Für die Gewährleistung von Sicherheit und Freiheit brauchen wir mehr denn je einen verlässlichen staatlichen Ordnungsrahmen in der realen und virtuellen Welt. Denn es ist die vorrangige Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Dies ist die Gegenleistung für die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols. Der Schutz der persönlichen Unversehrtheit, des privaten Eigentums und der Bewahrung der Rechtssicherheit ist das Mindeste, was der Bürger von seinem Staat erwarten kann. Und zwar auch gerade dann, wenn das Land die Schuldenbremse innehat. „Prioritätensetzung staatlicher Aufgaben“ heißt das Zauberwort. Denn wenn die Hauptaufgaben vernachlässigt oder gar nicht mehr erfüllt werden, gerät der gesamte Sozialvertrag ins Wanken. Dann setzt sich zunehmend das Recht des Stärkeren durch, der sich seine Freiheit nimmt oder genug Geld besitzt, um sich seine Sicherheit zu kaufen. Zudem schwindet dann auch die Bereitschaft, der Polizei als Zeuge und Hinweisgeber zur Verfügung zu stehen. Dies würde auf lange Sicht einen Teufelskreis auslösen: denn ohne Mitarbeit der Bevölkerung - 90% des polizeilichen Einschreitens basiert auf Hinweise der Bürger - stehen Polizei und auch Justiz auf verlorenen Posten.

Schutz von Freiheit, Gesundheit, Privatsphäre und Eigentum, aber auch die verlässliche Präventionsarbeit der Polizei, haben aus Sicht der CDU oberste Prämisse in der personellen und finanziellen Ausgestaltung staatlicher Aufgabenbereiche für die Bürgerinnen und Bürger.

2. Allen Tätern klare Grenzen setzen und den Opfern gerecht werden

Die Menschen in Schleswig-Holstein werden im Alltag überwiegend mit Diebstählen, Sachbeschädigungen sowie Straßen- und Internetkriminalität konfrontiert. Eine Bagatellisierung dieser Straftaten lehnen wir ab. Aus Sicht der CDU sind grundsätzlich sowohl Alltagskriminelle als auch die Täter der schweren Kriminalität mit Entschlossenheit und dem Einsatz modernster Beweistechnik zu ermitteln und zu verurteilen. Von Anfang an müssen der Staat und seine Sicherheitsbehörden Tätern klare Grenzen setzen. Eine generelle Bearbeitung von sogenannten „einfach gelagerten“ Straftaten durch Bürokräfte lehnen wir ab. Daneben muss bei der Festlegung von Kriminalitätsschwerpunkten und Bekämpfungsstrategien den Tatfolgen für die Opfer ein größeres Gewicht eingeräumt werden. Wir werden als CDU die Opferbetreuung und Opfernachsorge stärken und halten aufgrund der seit Jahren ansteigenden Einbruchszahlen und den eher bescheidenen Aufklärungsquoten eine „Bekämpfungsoffensive gegen Einbruchskriminalität“ – vergleichbar der Null-Toleranz-Strategie in der Rockerkriminalität – für dringend geboten. Denn Beispiele anderer Bundesländer zeigen, dass eine hinreichende Polizeipräsenz, eine ausreichende Anzahl von erfahrenen Einbruchsermittlern und Kriminaltechnikern zur Spurenauswertung - die ausschließlich zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität eingesetzt werden - eine Trendwende zum Besseren einleiten können. Darüber hinaus halten wir eine politische Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern zur gemeinsamen strategischen Bekämpfung von Einbruchskriminalität, insbesondere im Großraum Hamburg, für dringend geboten.

3. Bürgernahe Polizei erhalten

Wir benötigen auch künftig eine Polizei, die für die Menschen in unseren Städten und Gemeinden gleichermaßen spür- und sichtbar bleibt. An diesem Punkt gehören objektive Kriminalitätslage und das Sicherheitsgefühl großer Teile der Bevölkerung zusammen. Die zunehmende Zentralisierung der Landespolizei, Überlegungen zur Konzentration von wenigen Revieren für den 24-Stunden-Dienst in den Kreisen und die systematische Schließung von kleinen und zunehmend mittleren Polizeistationen lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Diese Landesregierung hingegen hat allein von 2012 bis 2014 insgesamt 42 Polizeidienststellen geschlossen, bis zu 20 weitere Polizeidienststellen sind aktuell noch auf dem Prüfstand. Wir als CDU wollen keine Anrufpolizei, „die nur noch kommt, wenn sie gerufen wird“, sondern wir stehen für eine Landespolizei, die gleiche Präsenz, Sicherheits- und Erreichbarkeitsstandards für die Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen Schleswig-Holsteins gewährleistet. Denn die Menschen in unserem Land erleben heute schon, dass Ihre Anrufe bei der Polizei nach Dringlichkeit priorisiert werden und mittlerweile Wartezeiten auf polizeiliche Hilfe eintreten können. Vielfältige Erfahrungen zentralisierter Landespolizeien belegen zudem eindringlich, dass die Präsenz der Polizei in den betroffenen Rückzugsgebieten nachlässt und die vielfach garantierte polizeiliche Reaktionszeit für alle Regionen lediglich eine theoretische Messgröße darstellt. Und genau solche Aspekte schaffen auch Tatgelegenheitsstrukturen für Kriminelle. Selbstverständlich verschließen wir uns als CDU nicht möglichen Veränderungen in der Dienststellenlandschaft der Polizei,

allerdings muss ein ausgewogener Interessensausgleich zwischen Landespolizei, Bürgergesellschaft und Landes- und Gemeindepolitik stattfinden. Darüber hinaus muss die Landespolizei wieder verlässlicher Partner in der Präventionsarbeit werden, insbesondere in den Schulen und Kindergärten. Denn Prävention und Repression sind zwei Seiten einer Medaille. Aus Sicht der CDU ist und bleibt Präventionsarbeit eine Kernaufgabe der Polizei.

4. "Bündnisse für Sicherheit" schaffen und stärken

Ausgangspunkte von Kriminalität sind bei bis zu zwei Dritteln aller Straftaten die Wohn- und Lebensbereiche der Täter. Die Täter handeln also überwiegend regional. Daher greifen wir als CDU die Idee der „Bündnisse für Sicherheit“ auf und entwickeln gemeinsam mit dem Land, den Kreisen und kreisfreien Städten, den regionalen Polizeibehörden und den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern eine neue, umfassende Sicherheitsverantwortung. „Bündnisse für Sicherheit“ setzen zuallererst verlässliche Strukturen voraus. Deshalb werden wir als CDU solche Dialog- und Entscheidungsstrukturen für die Sicherheitsbündnisse schaffen bzw. ausbauen. Denn sie sind die Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Ursachenbekämpfung von sozialen Verwerfungen und Kriminalität in unseren Städten und Gemeinden und sie schaffen zudem ein neues gemeinsames (Sicherheits-)Verständnis zwischen dem Land, den Kommunen und den Menschen in der Region.

Die feste Einbindung der Polizei in der Region ist notwendig, da sie schon heute eine Institution ist, die faktisch für soziale Unordentlichkeiten und Konflikte des Alltags zuständig ist und dadurch vielfach die notwendige Initialzündung für weiteres Handeln von Sozialbehörden und Ämtern auslöst. Zudem liegt insbesondere in den Aufgabenfeldern der Kreise und kreisfreien Städte, zum Beispiel in der Kinder- und Jugendhilfe, oftmals der Schlüssel für eine erfolgreiche Kriminalitätsverhinderung und -eindämmung. Zukünftig sollen die Menschen auch zeitnah wissen, was in Ihrer Heimatregion passiert und sie werden eingeladen, an der Lösung der Probleme im Verbund mit Polizei, kommunalen Entscheidungsträgern und engagierten Verbänden und Vereinen vor Ort mitzuarbeiten. Funktionierende kriminalpräventive Räte in den Regionen werden selbstverständlich in die Bündnisse für Sicherheit integriert.

5. Jugendkriminalität früh, konsequent und gemeinsam begegnen

Als CDU begrüßen wir die generell rückläufigen Zahlen in der Jugendkriminalität. Die Mehrheit der jungen Menschen in Schleswig-Holstein verhält sich gesetzestreu oder kehrt nach schneller staatlicher Reaktion wieder auf den rechtskonformen Weg zurück. Jugendhilfemaßnahmen und der Erziehungsgedanke aus dem Jugendstrafrecht führen also bei vielen Jugendlichen zum Erfolg. Doch der genaue Blick in unsere Kriminalstatistik macht weiteren Handlungsbedarf in der Jugendkriminalitätsbekämpfung deutlich. So werden seit Jahren bis zu zwei Drittel aller Raub- und Gewalttaten in der Öffentlichkeit von Tatverdächtigen unter 21 Jahren begangen. Diesen jugendlichen Intensivtätern, die - als kleine Gruppe von 3-5 Prozent - für bis zu Zweidrittel aller Straftaten verantwortlich sind, muss gemeinsam, konsequent und entschlossen begegnet werden.

Des Weiteren kommt der Jugendkriminalprävention mit einer frühestmöglichen Hilfestellung und dem abgestimmten Handeln zuständiger Stellen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe eine herausragende Bedeutung zu. Experten sprechen bei der Entstehung krimineller Lebensläufe junger Täter von einer außerordentlichen Belastung durch eine Anhäufung von

Risikofaktoren, die sich in allen Altersstufen und nahezu allen Lebensbereichen wie Familie, Schule, Freizeit, Freundes- und Bekanntenkreis oder der jeweiligen Persönlichkeit wiederfinden. Durch rechtzeitiges, gemeinsam abgestimmtes Handeln verantwortlicher Stellen hätten die kriminellen Karrieren nach Auffassung vieler Experten abgeschwächt oder gar beendet werden können. Dabei spielen das Schulschwänzen und der vorzeitige Schulabbruch eine bedeutende Rolle. Daher sollte auch eine brennpunktorientierte, vernetzte Schulsozialarbeit stattfinden. Aus Sicht der CDU müssen wir mit vereinten Kräften durch ein Frühwarnsystem in den Bündnissen für Sicherheit – orientiert an den jeweiligen Entwicklungsstufen der Kinder und Jugendlichen - das Abgleiten von jungen Menschen in die Kriminalität oder in den Extremismus verhindern.

6. Mit Sicherheit und in Würde älter werden

Die Menschen in Deutschland und insbesondere auch in Schleswig-Holstein werden immer älter. Erfreulicher Weise bleiben sie dabei wesentlich länger als noch in vergangenen Generationen körperlich und geistig aktiv – vielfach werden Sie aber im vorgerückten Alter auch hilfs- und pflegebedürftig. Bundesweit werden zurzeit fast 2,5 Millionen Menschen gepflegt, 70 % davon zu Hause und nochmals zwei Drittel dieser Pflegefälle ohne jeglichen Pflegedienst, so die Aussagen der Organisation „Pflege in Not!“ In Schleswig-Holstein werden gegenwärtig nahezu 100.000 Menschen gepflegt, mit ähnlich hohen Anteilen der häuslichen Pflege wie in Gesamtdeutschland.

Diese Entwicklung wird in den nächsten Jahren noch voranschreiten. Dies insbesondere auch in Schleswig-Holstein, da es von Senioren anderer Bundesländer gerne als „Altersruhesitz“ genutzt wird. 2025 wird rund ein Drittel aller in Schleswig-Holstein lebenden Menschen über 65 Jahre alt sein, davon fast 250.000 Menschen über 80 Jahre alt mit weiter steigender Tendenz. Nach Prognosen des Pflegereports der Barmer GEK wird dabei die Zahl der Pflegebedürftigen in Schleswig-Holstein bis 2030 um weit über 50 Prozent steigen, eine der höchsten Steigerungsraten in Deutschland.

Wir haben es uns als CDU zur Aufgabe gemacht, die notwendigen sicherheitspolitischen und sozialen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter in unserem Land möglich ist. Dabei wissen wir, dass die Realität des Älterwerdens in Schleswig-Holstein auch dunkle Seiten beinhaltet. Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte sind dabei oftmals diejenigen, die gerufen werden, wenn es Auffälligkeiten und Besorgnisse in der Lebensgestaltung von Senioren gibt. Ältere Menschen müssen oft hilflos, vereinsamt oder vernachlässigt in ihren Wohnungen oder in schlecht geführten Pflegeheimen leben. Als CDU wollen wir daher den Aufbau eines sozialen Hilfenetzwerks für ältere Menschen - analog zum Frühwarnsystem für junge Menschen - vorantreiben und eine Kooperation zwischen zuständigen staatlichen Stellen und nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere aus dem Gesundheits- und Pflegebereich, unterstützen. Auch müssen Polizei und Staatsanwaltschaft für die neuen Gefahrenquellen und Kriminalitätsfelder im Pflege- und Gesundheitsbereich sensibilisiert und in der Aus- und Fortbildung qualifiziert werden.

7. Kriminalitätsrealität ernst nehmen - Verborgene Kriminalität sichtbar machen

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) spiegelt weder die Gefahren- und Kriminalitätswirklichkeit in Schleswig-Holstein noch die Belastungssituation der Polizei durch ihre Einsatz- und Ermittlungsarbeit wider. Die PKS erfasst lediglich die polizeilich registrierten Straftaten,

das sogenannte „Hellfeld“. Zahlreiche Delikte zum Beispiel im Bereich Verkehr, Rauschgift, Internet und organisierter Kriminalität sind Kontrolldelikte, d.h. ohne aktive Ermittlungen der Polizei gelangen diese Delikte nie ans Tageslicht – man spricht dementsprechend auch von einem „Dunkelfeld“. Zudem lässt die Anzeigebereitschaft bei den so genannten Alltags- und Massendelikten wie beispielsweise Diebstahl, Sachbeschädigung und Betrug per Internet nach Erkenntnissen von Dunkelfeldstudien aus Niedersachsen – dies sind Befragungen von Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Anzeigeverhalten – nach. Dies führt dann zu einer weiteren Zunahme des „Dunkelfeldes“.

Eine weitere Besonderheit sind die Erfassungsmodalitäten der PKS. Wenn beispielsweise im Bereich der Internet-Kriminalität Zehntausende so genannter Cybercrime –Delikte (z.B. sog. „fishing“ in Form des Abfangens oder Ausforschens von Passwörtern, Kontodaten etc.) von ausländischen Servern aus begangen werden, so werden diese in der deutschen PKS überhaupt nicht erfasst. Ebenso wird z.B. die EC-Gerätemanipulation in einem Geschäft oder an einem Bankautomaten mit über 600 Geschädigten – also auch mit über 600 Strafanzeigen und über 600 besorgten Opfernachfragen – als ein PKS-Fall in der Kriminalstatistik erfasst.

Diese Diskrepanz zwischen dem von der PKS erfassten sog. Hellfeld und der tatsächlichen Kriminalität hat daher erhebliche Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeit. Daher brauchen wir schnellstmöglich zusätzliche Opfer- und Geschädigtenstatistiken sowie eine Dunkelfeldstudie des LKA Schleswig-Holstein, die sowohl die tatsächliche Kriminalitätslage als auch das Anzeigeverhalten der Bürgerinnen und Bürger sichtbar machen.

8. Recht und Menschenwürde auch im Internet

Die fortschreitende Digitalisierung in vielen Lebensbereichen kann sich auch für unser Land als Wohlstands- und Innovationsmotor entfalten. Sie schafft neue Kommunikationsformen, Geschäftsmodelle und Teilhabemöglichkeiten in unserer älter werdenden Gesellschaft, insbesondere auch im Umgang mit Behörden und anderen staatlichen Stellen. Allerdings setzt dies voraus, dass das Internet als offener und freier Raum auch die notwendige Sicherheit aufweist. Hier geht es sowohl um kriminelle Aktivitäten als auch um unberechtigte Eingriffe von staatlicher Seite. Nach Auffassung der CDU müssen der Schutz der Identitäten und persönlicher Daten im Netz sowie der Schutz der IT-Systeme und der kritischen digitalen Infrastrukturen der Schwerpunkt des staatlichen Ordnungsrahmens werden. Um den Zukunftsraum Internet sicher zu gestalten, brauchen die staatlichen Einrichtungen unabdingbar das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

Durch Computerkriminalität verliert nach der aktuellen CSIS –Studie kein Land auf der Welt so viel vom Bruttoinlandsprodukt wie Deutschland, nämlich gut 40 Mrd. Dollar pro Jahr. Allein 2013 wurden nach dieser Studie persönliche Daten von rund 16 Millionen Deutschen gestohlen, nicht einmal jede vierte Tat kann zurzeit in Deutschland aufgeklärt werden. Nach Angaben des BKA ist im vergangenen Jahr jeder zweite deutsche Internetnutzer Opfer von Cybercrime geworden. Die Gefahren und Schäden für unsere Werteordnung und unseren Rechtsstaat gehen dabei auch im Internet weit überwiegend von Kriminellen und eben nicht vom Staat und seinen Behörden aus.

Mit großer Sorge betrachtet die CDU zudem die drastisch steigenden Zahlen von Cybermobbing, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Nach einer Forsa-Umfrage war bereits mehr als jeder dritte Schüler zwischen 14 und 20 Jahren Opfer von Cybermobbing, jeder fünfte Schüler wurde im Internet oder über Handy direkt bedroht und beleidigt und jeder sechste Schüler klagte über körperliche oder seelische Schmerzen durch die Cyberattacken.

Diese Ergebnisse machen es – neben der Einführung des Strafrechtstatbestandes Cybermobbing - aus Sicht der CDU unverzüglich erforderlich, umfassende Präventionsmaßnahmen rund um das Thema „Persönlichkeitsrecht und Umgang mit persönlichen Daten und Bildern im Internet“ als verpflichtende Unterrichtseinheiten in der Schule zu etablieren. Zum einen sollen den jungen Menschen auf diesem Wege die Chancen der digitalen Welt zugänglich gemacht werden, zum anderen sollen sie für die damit verbundenen Gefahren sensibilisiert und in der Anwendung von Vermeidungsstrategien ertüchtigt werden. Insgesamt muss im Umgang mit persönlichen Daten das Verantwortungs- und Sicherheitsbewusstsein aller Internetnutzer umfassend gestärkt und eine IT- Sicherheitsoffensive in Deutschland und Europa gestartet werden.

9. Schleswig-Holsteins Straßen müssen sicherer werden

Auf Schleswig-Holsteins Straßen verunglücken und sterben Jahr für Jahr nach wie vor mehr Menschen durch Verkehrsunfälle als durch Gewalt- oder Tötungsdelikte in unserem Land. Jährlich über 75.000 Verunglückte im Straßenverkehr - verbunden mit viel Leid und bleibenden Gesundheitsschäden der Betroffenen – untermauern die notwendige Schutzpflicht des Staates, insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen. Auch verharnt die Anzahl der Kinderunfälle seit mehreren Jahren - trotz deutlich sinkender Schülerzahlen - bei über 1200 Unfällen im Jahr. Damit befindet sich Schleswig-Holstein bei Unfällen mit Kindern als Radfahrer und Fußgänger in einer bundesweit traurigen Spitzengruppe. Gleichzeitig mehren sich die Beschwerden von Eltern über den Rückzug der Polizei aus der Verkehrserziehung an den Schulen. Aus Sicht der CDU brauchen wir schon heute bei absehbar steigenden Verkehrsbelastungen auf unseren Straßen eine auf Kontrollen angelegte Verkehrssicherheitsarbeit und eine umfangreiche Verkehrs- und Kriminalpräventionsarbeit unter verlässlicher Einbindung der Polizei in unseren Schulen und Kindergärten. Denn die Verkehrs- und Kriminalprävention mit Themen wie „sicheres Fahrradfahren“, „Gefahren im Internet“ oder „Alkohol am Steuer“ bietet die einmalige Gelegenheit, als „Partner Polizei“ eine vertrauensvolle Beziehung zu den Bürgerinnen und Bürger aufzubauen. Das sukzessive Herauslösen von Polizeibeschäftigten aus den Handpuppenbühnen und die angedachte Überführung in private Betreiberhände bis 2017 bedeutet das faktische Aus der Verkehrserziehung in Kindergärten. Die vorgesehenen Kürzungen der Landesregierung in der mobilen Verkehrsüberwachung der Polizei machen insbesondere unsere Landstraßen unsicherer und gefährlicher.

10. Sicherheit auf der Nord- und Ostsee sind unerlässlich

Für Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren und der meist befahrensten internationalen Wasserstraße „Nord-Ostsee-Kanal“ innerhalb seiner Landesgrenzen ist das Thema Sicherheit für die maritime Wirtschaft, für das Güter- und Passagieraufkommen in unseren Häfen und für das Wohl der Badegäste an unseren Küstenstränden von existenzieller Bedeutung. Bisher hat unsere Wasserschutzpolizei für den gesamten maritimen Bereich erfolgreich die Sicherheitsgewährleistung übernommen, in Teilbereichen auch in Aufgabenfeldern der Schutz- und Kriminalpolizei. Die aufstrebenden Entwicklungen im maritimen Bereich stellen nunmehr die Wasserschutzpolizei vor noch größeren Sicherheitsherausforderungen. Mit Ihren unterschiedlichen Aufgaben wie zum Beispiel den Kontrollen einer immer höhermotorisierten Spaß- und Sportschiffahrt in den Strand- und Fahrwasserbereichen, der Schiffsladungssicherung auch von Gefahrguttransporten, der

international verpflichtenden Überwachung der Kreuzfahrtschiffahrt vor möglichen Terrorgefahren, der Fischereiaufsicht, den Transport- und Sicherheitsfragen zu offshore – Windparks, der Aufnahme von Seeunfällen insbesondere im stark frequentierten Nord-Ostsee-Kanal sowie der Überwachung diverser maritimer Veranstaltungen wie der Kieler und Travemünder Woche gewährleistet unsere Wasserschutzpolizei in hohem Maße sowohl die Sicherheit der Seeschiffahrt als auch die Sicherheit der Einheimischen und Gäste im Urlaubsland Schleswig-Holstein. Mit den von der Landesregierung geplanten Kürzungen von gut einem Viertel des Personals wird die Wasserschutzpolizei an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht. Für die CDU ist unsere Wasserschutzpolizei mit dem aktuellen Personalstand für die Sicherheit der Seeschiffahrt und die Sicherheit der Einheimischen und Gäste an den Küstenstränden Schleswig-Holsteins unerlässlich.

11. Null-Toleranz-Strategie gegen Organisierte Kriminalität (OK) fortsetzen

Mit der offensiven Bekämpfung der Rockerkriminalität sind auch Strukturen der Organisierten Kriminalität in Schleswig-Holstein sichtbar geworden. Menschen-, Drogen- und Waffenhandel sowie die angestrebte "Vorherrschaft" im Rotlichtmilieu bestimmten das kriminelle Handeln in der organisierten Kriminalität. Daneben erfährt auch die bereits benannte internationale Brückenfunktion unserer Autobahnen und Verkehrsstraßen als Trasse für Menschen- und Drogenhandel sowie straff organisierte Einbrecherbanden eine steigende Bedeutung. Durch die reisenden Einbrecherbanden ist die organisierte Kriminalität mittlerweile an der Haustür des Bürgers angekommen. Daher muss die OK-Bekämpfung international organisiert werden. Kriminelle Parallelgesellschaften müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent und frühzeitig bekämpft werden. Durch gesetzgeberische Maßnahmen dürfen unter anderem Rocker nicht mehr die Möglichkeit erhalten, ihre Machenschaften mit dem jetzigen Schutz des Vereinsrechts ausüben zu können. Wir unterstützen die Position der Bundes - CDU, alles rechtsstaatlich Denkbare zu tun, um "Gewinne" aus Straftaten nicht in andere legale Geschäftsfelder umleiten zu können. Daher unterstützen wir auch die Beschleunigung der Gewinnabschöpfung und die frühzeitige Beschlagnahme "unklarer Gewinne." Der menschenverachtenden Zwangsprostitution durch skrupellose Menschenhändler werden wir mit aller Entschlossenheit entgegentreten.

12. Extremismus entschieden bekämpfen

Links-, Rechtsextremismus und extremistische Bestrebungen von Ausländern stellen einen Angriff auf unsere Verfassung und deren grundlegende Rechtsgüter wie Leben, Gesundheit und Freiheit dar. Daher ist jegliche Form des Extremismus mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu bekämpfen. Entscheidend sind dabei die verheerenden Auswirkungen des Extremismus auf unsere Werteordnung und das Sicherheitsgefühl in unserer Gesellschaft, nicht die Frage der ideologischen Motivation der jeweiligen Extremismusvariante. In Schleswig-Holstein treffen wir auf steigende Zahlen rechtsextremistischer Gewalttaten und nach wie vor eine hohe Gewaltbereitschaft der linksextremistischen autonomen Szene, insbesondere gegenüber Polizistinnen und Polizisten. Inwieweit Pegida oder Shegida zu weiteren Eskalationsstufen führen könnten, bleibt offen, die Themen dieser Bewegungen und radikalen Gruppierungen werden auf jeden Fall bleiben. Große Gefahren gehen von den Salafisten aus. Seit dem Anschlag 09/11 hat sich ihre Anzahl in Deutschland auf 7000 fast verzehnfacht, auch in Schleswig-Holstein steigt die Zahl ähnlich stark, zurzeit fast 250. Davon waren bereits fast 50 im syrischen Kampfgebiet, 5 sind verstorben, ein Dutzend kehrten bereits zurück. Um einen sogenannten Gefährder ein halbes Jahr überwachen zu

können, benötigen die Sicherheitsbehörden rund 60 Beamte. Allein dies zeigt die gravierenden Herausforderungen an unsere Polizei und den Verfassungsschutz. Ausländische Extremisten haben jegliches Einreise- und Bleiberecht in unserem Land verwirkt. Die Teilnahme an terroristischen Aktionen im Ausland ist mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu verhindern. Sofern Gesetzeslücken auftreten, müssen diese unverzüglich geschlossen werden. In der Jugendpräventionsarbeit gegen religiös motivierten Extremismus benötigen wir die unmittelbare Zusammenarbeit mit den muslimischen Gemeinden, um durch Integrations- und Bildungsmaßnahmen den jungen Menschen Lebensperspektiven zu verschaffen und sie damit vom Irrweg in den Radikalismus und Extremismus gemeinsam abzuhalten.

Die wirksame Bekämpfung aller extremistischen Bestrebungen setzt aus Sicht der CDU ein klares Bekenntnis zur notwendigen Arbeit des Verfassungsschutzes und der polizeilichen Staatsschutzbehörden voraus, aber auch ein sensibles Reagieren auf möglicherweise vorhandene Schwachstellen innerhalb dieser Behörden.

13. Klare Perspektiven für unsere Polizistinnen und Polizisten

Die Polizistinnen und Polizisten Schleswig-Holsteins haben nach Auffassung der CDU für ihre anspruchsvolle Arbeit eine klare Berufs- und Lebensperspektive verdient. Die Berufsperspektiven beziehen sich auf ausreichend qualifizierten Nachwuchs, gute Arbeits- und Ausrüstungsbedingungen sowie eine faire Bezahlung, die sich zum einen an der Bezahlstruktur anderer öffentlicher Dienstzweige orientiert und zum anderen den „Rund um die Uhr-Dienst“ der Polizei sowie die besonderen Gefahren, denen unsere Beamtinnen und Beamten täglich ausgesetzt sind, honoriert.

Darüber hinaus muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Sinne von gesicherten „Frei-Zeiten“ für das Privatleben der Beamtinnen und Beamten gestärkt werden. Die fast täglichen Dienstplanänderungen auf vielen Polizeidienststellen sind ein klares Indiz für den chronischen Personalmangel in der Landespolizei.

14. Gewalt und Nachstellung gegen Polizisten konsequent verfolgen

Seit Jahren haben wir in Schleswig-Holstein ein gleichbleibend hohes Niveau von Widerstandshandlungen und Körperverletzungen gegen Polizeibeamte. Durchschnittlich werden täglich 3 Polizistinnen und Polizisten – überwiegend bei Routineeinsätzen - tödlich angegriffen, dabei vermehrt mit Hieb- und Stichwaffen. Nach den Ergebnissen der KFN-Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“ ist das zweithäufigste Motiv für Angriffe gegen Polizeibeamte eine generelle Feindschaft gegenüber dem Staat. Dieser feindliche Motivation der Straftäter muss aus Sicht der CDU - unabhängig von einer Vollstreckungshandlung oder einem tatsächlichen Körperschaden der Polizisten – in einem gesonderten Straftatbestand §115 StGB Rechnung getragen werden. Für ihre Einsätze benötigen die Polizistinnen und Polizisten zudem die bestmögliche persönliche Schutzausstattung, einschließlich der erfolgreich erprobten Body-cams. Es ist für die CDU ebenso ungeheuerlich, dass auch Angehörige der Feuerwehren und Rettungsdienste und andere öffentlich Bedienstete in ihrer Arbeit behindert oder gar tödlich angegriffen werden. Viele Polizeibeamte fühlen sich und ihre Familien durch entsprechende Veröffentlichungen im Internet bedroht. Ihr „Recht am eigenen Bild“ scheint nur eine untergeordnete Bedeutung zu haben. Die Fürsorgepflicht dieser Landesregierung gegenüber ihren Mitarbeitern gebietet es deshalb, dass der Schutz der Mitarbeiter und ihrer Familien im Internet vor Verfolgung, Nachstellung und Verleumdung

konsequent gewährleistet wird. Alle öffentlich Bediensteten haben in ihrer Arbeit für unser Gemeinwesen Anspruch auf politischen Rückhalt und Solidarität.

15. Feuerwehr und Katastrophenschutz zukunftsfest gestalten

Hochwasserschutz, Sturmfluten, abgeschaltete Kernkraftwerke - dies sind nur einige Stichworte, die ein zukunftsfähiges Bündnis für Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein mehr als deutlich machen. Das Know-how der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes muss weiterhin gebündelt werden, um ein Höchstmaß an Kompetenzen zur Katastrophenbekämpfung sichern zu können. Sofern es weitere leistungsfähige Organisationen in diesem Feld gibt, sind diese aus unserer Sicht mit allen Rechten und Pflichten in die Strukturen zu integrieren. Der demographische Wandel fordert dabei auch den überwiegend ehrenamtlich organisierten Brand- und Katastrophenschutz in seiner Nachwuchssicherung heraus. Wir wollen als CDU durch gemeinsame Projekte zwischen dem Land und den Kommunen, einen "Mehrwert" für die ehrenamtlich tätigen Menschen und deren "freistellenden" Arbeitgeber schaffen. Darüber hinaus wird das soziale und gesellschaftliche Leben in unseren Gemeinden oftmals wesentlich durch die örtliche Feuerwehr bestimmt. Daher lehnen wir die zwangsweise Zusammenführung von kleinen Wehren ab. Wir stehen als CDU zudem für moderne Führungskräftefortbildungen in der Feuerwehr und im Katastrophenschutz. Wo Menschen für eine Sache gemeinsam eintreten, können auch Konflikte und Meinungsverschiedenheiten auftreten. Solche Konflikte dürfen gerade bei Feuerwehren - die fest in dörfliche Strukturen eingebettet sind - nicht dazu führen, dass die Bereitschaft zum Mitmachen und die Professionalität leiden. Daher fördern wir Schlichtungskonzepte (Mediation), die wir den Wehren frühzeitig bei Problemen zur Seite stellen. Denn in den Feuerwehren und im Katastrophenschutz brauchen wir auch zukünftig Umgangsformen und Führungsstile, die - unabhängig von Hierarchien, Herkunft, sozialen Status, Geschlecht und Kulturkreis - gegenseitigen Respekt und Wertschätzung in der Arbeit für unser Gemeinwesen zum Ausdruck bringen.

Das Grundsatzpapier in der Langfassung steht im Downloadbereich der Landesfachausschüsse auf der Webseite der CDU zur Verfügung (www.cdu-sh.de). Sie haben Fragen, Ideen oder Anregungen? Setzen sie sich mit der CDU-Landesgeschäftsstelle oder dem Vorstand des Landesfachausschusses „Innen und Recht“ In Verbindung. Die Mailadressen sind auf der Website der CDU Schleswig-Holstein. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen und Anregungen!